

Länder fordern Aus für Bombodrom

Verteidigungsministerium beharrt auf Abwurfplatz

Nach dem jüngsten Gerichtsurteil gegen das „Bombodrom“ in Nordbrandenburg fordern die betroffenen Landesregierungen das endgültige Aus für den Bombenabwurfplatz. „Es ist der Zeitpunkt, wo man seitens des Bundesverteidigungsministeriums sagen muss, das war’s“, sagte Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) gestern. Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) habe angedeutet, dies bei einer weiteren Niederlage ins Kalkül zu ziehen. Auch Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) verlangte das Aus für das Projekt. Das Verteidigungsministerium beharrte jedoch weiter darauf, dass der Bombenabwurfplatz notwendig sei.

Am Dienstag hatte das Verwaltungsgericht Potsdam drei Musterklagen gegen das Bombodrom stattgegeben und eine militärische Nutzung des rund 14 000 Hektar großen Areals untersagt. Das Gericht bemängelte vor allem, dass der Bund die Auswirkungen des Lärms nicht ausreichend berücksichtigt habe. Das Verteidigungsministerium betont weiter die Bedeutung dieses dann größten deutschen Luft-Boden-Schießplatzes. „Kein anderer Platz in Deutschland und im nahen Ausland bietet derartige vergleichbare qualitative Übungsmöglichkeiten“, sagte ein Ministeriumssprecher. Man werde die Entscheidungsgründe des Gerichts prüfen und über das weitere Vorgehen entscheiden.

Die Bundeswehr will in der Kyritz-Ruppiner Heide an der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern jährlich etwa 1700 Tiefflüge trainieren sowie Übungsbomben abwerfen. Seit 1992 kämpfen Anwohner und Tourismusbranche erbittert gegen diese Pläne. Sie befürchten wegen des Lärms erhebliche Einbußen. Platzeck kündigte an, in Absprache mit Ringstorff einen Brief an Jung zu schreiben.

Auch Grünen-Chefin Claudia Roth appellierte an Jung, den Rechtsstreit nicht noch Jahre zu verlängern. Ringstorff wertete das Urteil als „wichtigen Etappensieg gegen die Realisierung des Übungsplatzes“. Auch Berlins Wirtschafts-senator Harald Wolf (Linke) verlangte ein Ende des Projekts. Sein brandenburgischer Amtskollege Ulrich Junghanns (CDU) betonte: „Ein weiterer Prozessmarathon mit fortdauernder Ungewissheit ist den Menschen nicht mehr zumutbar.“ Die Bürgerinitiative Freier Himmel verlangte, Kanzlerin Angela Merkel (CDU) solle „die Hängepartie für die Region beenden“. Nach Angaben der Kläger war es die 23. Gerichtsentscheidung hierzu. DPA



Extra aus dem Frankreichurlaub angereist: Umweltminister **Sigmar Gabriel** berät mit dem Umweltausschuss des Bundestags die Sicherheit der Kernkraftwerke

Gabriel bezweifelt Sicherheit in AKW

Kernkraftwerke sollen besseres Management erhalten · Union warnt vor Feldzug gegen Atomenergie

VON TIMM KRÄGENOW, BERLIN

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) will nach den Störfällen in den Kernkraftwerken Krümmel, Brunsbüttel und Unterweser in deutschen Atommeilern ein besseres Sicherheitsmanagement und eine Frist zur Abarbeitung von Mängeln einführen. Gabriel betonte gestern nach einer Sondersitzung des Umweltausschusses des Bundestags, dass bei dem Störfall in Krümmel nicht nur Kommunikationsprobleme aufgetreten, sondern auch technische Sicherheitssysteme ausgefallen seien. Beidem solle künftig durch ein besseres Sicherheitsmanagement vorgebeugt werden. „Hier werden wir weitere Verzögerungen nicht dulden“, sagte Gabriel. Notfalls werde der Bund dies mit einer Verordnung durchsetzen.

Seit den Störfällen von Ende Juli stellt sich die Frage, ob in deutschen Kernkraftwerken alles für die Sicherheit getan wird. Dabei stehen Betreiber und Politik vor der Aufgabe, die Sicherheitskultur weiterzuentwickeln, obwohl es wegen des Ausstiegsbeschlusses keinen großen Anreiz für Innovationen gibt.

Umweltminister Gabriel warf dem Kraftwerksbetreiber Vattenfall vor, mit Sicherheitsfragen nicht angemessen umgegangen zu sein. So habe der Betreiber nach den Störfällen in Krümmel und Brunsbüttel am 28. Juli nicht alles Notwendige zu einer schnellen Aufklärung bei-

getragen. Bis heute ist nach Gabriels Worten immer noch unklar, warum es in Krümmel nach dem Brand eines Transformators zu einer Reaktorschnellabschaltung, dem Ausfall einer Kühlturbine und einer schnellen Druckabsenkung im Reaktorsicherheitsbehälter per Hand kam.

Teile des technischen Sicherheitssystems hätten nicht wie vorgesehen funktioniert, sagte Gabriel. Die Probleme daraus wären durch Bedienungsfehler und Kommunikationsmängel überlagert worden. Außerdem habe Vattenfall seine Kraftwerke nicht schnell und umfassend genug auf Probleme mit sicherheitsrelevanten Dübeln untersucht. Es handle sich um eine „nicht akzeptable Qualität der Sicherheitskultur“, sagte Gabriel. Beim Eon-Kernkraftwerk Unterweser bemängelte er, dass der Reaktor ein Jahr lang mit einem Notkühlsystem betrieben worden sei, das einen „schweren Defekt“ gehabt habe.

Gabriel kündigte an, dass innerhalb eines Jahres ein modernes Sicherheitsmanagement-System in allen deutschen Kraftwerken installiert werden solle. Solche Managementsysteme, die die eigene Organisation regelmäßig selbst infrage stellen und für eine lernende Organisation sorgten, gebe es bereits in zahlreichen Industriebranchen. Es sei nicht einzusehen, dass es sie ausgerechnet in der Kernenergie nicht geben solle. Der Kraftwerksbetreiber EnBW habe bereits mit

der Einführung eines solchen Systems begonnen, während Vattenfall dafür noch nicht einmal die Grundlagen gelegt habe. „Es darf nicht den Anweisungen der Atomaufsicht bedürfen, um für Verbesserungen zu sorgen“, sagte Gabriel.

Gleichzeitig will der Minister eine Frist einführen, innerhalb der offene Fragen bei der Sicherheit eines Kernkraftwerks abgearbeitet werden müssen. Diese soll nach Vorstellungen Gabriels zwischen 12 und 24 Monaten liegen.

Einen Antrag von Vattenfall auf eine Laufzeitübertragung vom RWE-Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich auf Brunsbüttel lehnte Gabriel gestern förmlich ab. Eine solche Übertragung widerspreche dem Atomgesetz, teilte der Minister mit.

Vattenfall wollte so den sich für 2009 ankündigenden Ablauf der Betriebsgenehmigung der Anlage aufschieben.

Die Union kritisierte gestern die Ausschuss-Sondersitzung als „übertrieben und nicht gerechtfertigt“. Es gehe offensichtlich darum, „den Feldzug gegen die Kernenergie fortzusetzen“, sagte die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Katherina Reiche. „Die deutschen Kernkraftwerke sind sicher“, sagte sie. Vattenfall kündigte gestern an, dass die Kommunikation in den deutschen Kernkraftwerken des Konzerns verbessert werden solle.

 **WWW.FTD.DE/ATOM**
Energienix für Deutschland

Rauchverbote treten in drei Ländern in Kraft

Für Raucher sind gestern härtere Zeiten angebrochen. Als erste Bundesländer setzten Baden-Württemberg und Niedersachsen Rauchverbote in Gaststätten, Kliniken, Landesbehörden und Schulen in Kraft. Mecklenburg-Vorpommern verbannt seit gestern die Raucher zwar aus Behörden, Kliniken und Schulen, gibt ihnen aber in der Gastronomie noch einen Aufschub bis 2008. Bei Bürgern und Gastwirten gibt es indes noch viele offene Fragen. In Niedersachsen richtete das Sozialministerium eine Telefonhotline ein. Auch in Baden-Württemberg ist vielen unklar, wie das neue Gesetz umgesetzt wird, die Behörden sehen Probleme bei der Kontrolle. Gastronomen beschäftigten die Ämter gestern mit Anfragen, etwa ob Essen durch den Rauchraum getragen werden oder ob der Weg zur Toilette durch den Raucherraum führen darf. DPA

Geständnis im Prozess zu Gefängnismord

Mit einem umfassenden Geständnis hat gestern der Prozess um den Foltertod eines 20-jährigen Häftlings in der Justizvollzugsanstalt Siegburg begonnen. Der jüngste Angeklagte schilderte detailliert, wie er und die beiden Mitangeklagten ihren Zellengenossen über Stunden mit Schlägen und Tritten quälten, sexuell missbrauchten und schließlich erhängten. Er selber habe den Vorschlag gemacht, Hermann H. zu töten, sagte der 17-Jährige vor der Jugendschwerkammer des Bonner Landgerichts. Dem Jugendlichen und seinen 20 und 21 Jahre alten Mitangeklagten wird vorgeworfen, im November 2006 ihren Zellengenossen getötet zu haben. Die Richter müssen entscheiden, ob das Jugend- oder das Erwachsenenstrafrecht angewendet wird. Das Jugendstrafgesetz sieht eine Höchststrafe von zehn Jahren vor, andernfalls droht den Männern lebenslange Haft. REUTERS

Keine Angst vor Big Schäuble

Der Bundesinnenminister will Computer online durchsuchen, um Terroristen zu fangen. Doch die technischen Probleme des Zugriffs sind bisher nicht gelöst

GERD BLANK

Man nehme einen Trojaner, wähle einen Terroristenrechner, lotse den Behördenschädling auf die Festplatte und durchforste den Computer heimlich nach Bombenbauplänen und Anschlagsvorbereitungen. Geht es nach Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und der Union, sieht so die schöne neue Welt der Terrorermittler aus. Die technischen Hürden, die einen solchen Zugriff erschweren können, werden von den Befürwortern ausgeblendet. Dabei sind die Probleme nicht gelöst.

Das Bundeskriminalamt (BKA) will die Computer von Verdächtigen durchsuchen, bevor Daten verschlüsselt werden können. Natürlich soll der Besitzer nichts davon mitbekommen. Als Mittel zum Zweck kommt ein Behördenschädling infrage, besser bekannt als

„Bundestrojaner“. Dabei handelt es sich um ein Programm, das auf dem Rechner installiert werden muss, um so eine Hintertür für die Ermittler zu öffnen. In der Telekommunikations-Überwachungsverordnung ist geregelt, mit welchen technischen Mitteln bestimmte staatliche Stellen Zugriff auf elektronische Daten erhalten können. So muss jeder größere Provider spezielle Geräte in seinem Netz installieren, mit denen ein Abhören von Telefonaten und des Datenverkehrs möglich ist. Mithilfe dieser Technik könnte das BKA auch versteckte Daten auf dem gewünschten System einschleusen, eben auch Programme wie den Bundestrojaner.

Hier beginnt das Problem für die Ermittler: Wer soll die Daten auswerten? Echten Terroristen hilft es schon, alle Dateien und Dokumente auf dem Computer verdächtig zu machen – schon könnte die Datenflut nicht mehr verarbeitet werden. Aber auch das Kopieren des gesamten Festplatteninhalts über das Internet scheidet aus, denn trotz großer Bandbreiten würde eine Übertragung von mehreren Hundert Gigabyte Stunden dauern.

Es geht den Beamten also im ersten Schritt nicht um die Daten, sondern um Passwörter und die Überwachung der Kommunikation. Erst im zweiten Schritt, bei einer Beschlagnahme des Computer von Terrorverdächtigen, werden die ermittelten Passwörter genutzt, um verschlüsselte Festplatten zu filzen.

Es ist jedoch schwer vorstellbar, dass Terroristen so leichtsinnig private Computer oder Firmenrechner für ihre Kommunikation nutzen. Sie würden kaum über einen deutschen Provider ins Netz gehen und unverschlüsselt über geplante Anschläge plaudern. Und selbst mit einfachen Methoden ließe sich der Zugriff auf

den Rechner verhindern. Am einfachsten ist es, die Netzwerkverbindung zu unterbrechen. Profis wissen zudem, wie sie sich vor heimlichen Besuchern schützen können.

Das BKA hat ein weiteres Problem: Trojaner könnten entdeckt werden. Und sie sind teuer: Auf etwa 200 000 € schätzen Experten die Kosten für einen Einsatz.

 **WWW.FTD.DE/DEBATTE/236**
Weg in den Überwachungsstaat?

Der Einsatz eines Trojaners würde 200 000 Euro pro Fall kosten

Schutz vor dem Klima

Die große Serie „Zwei Grad plus“ ab Montag in Ihrer FTD

Der Meeresspiegel und die Temperaturen steigen, Unwetter und Naturkatastrophen nehmen zu. Die Erwärmung der Erde ist nicht mehr aufzuhalten. Die Folgen: Auf den Äckern werden neue Schädlinge heimisch, Städte müssen sich auf Hitzewellen vorbereiten, Versicherungen ihre Risiko-

kalkulationen überdenken, der Fremdenverkehr neue Vermarktungsstrategien erfinden. Wie sich Politik und Wirtschaft in Deutschland und den anderen europäischen Ländern auf den Klimawandel einstellen, lesen Sie in unserer Serie „Zwei Grad plus“. Ab Montag in der FTD!

Wissen, was wichtig wird.

WWW.FTD.DE

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND